

Die FAUD zwischen Klassenkampf und Pazifismus

Wie lässt sich das Entstehen einer anarchosyndikalistischen Massenbewegung nach dem Ersten Weltkrieg erklären?

Wie konnte es geschehen, dass nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland plötzlich gut 150.000 Personen in eine anarchosyndikalistische Organisation eintraten?

Graswurzelrevolution-Redakteur Bernd Drücke erklärt das bei seinen Anarchismus-Vorträgen u.a. mit dem (unbestreitbaren) prinzipiellen Antimilitarismus der FvDG (Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften) und späterer FAUD (Freie Arbeiter-Union Deutschlands). „Der libertäre Antimilitarismus hat aufgrund der von vielen Menschen im Ersten Weltkrieg erlebten Grausamkeit des Krieges eine Massenbasis gehabt, die sich dann zum Teil auch in der anarchosyndikalistischen und antimilitaristischen FAUD organisiert hat“, so Drücke. Aus syndikalistischer Sicht möchte ich im Folgenden Argumente dafür darlegen, dass der Massenzustrom zur FvDG auf dem aus der Praxis abgeleiteten Klassenbegriff der AnarchosyndikalistInnen zu dieser Zeit beruht.

Vorweg: Keine der beiden Theorien lässt sich wirklich beweisen. Wir haben nicht mehr die Möglichkeit, eine entsprechende Umfrage unter den damaligen Mitgliedern durchzuführen, aus welchem Grund sie in die FAUD eingetreten sind. Im Folgenden möchte ich aber einige Argumente für meine Position darstellen, in der Hoffnung auf eine spannende Diskussion.

1. Die FAUD als Klassenkampforganisation

Syndikalistische Organisationen sind Gewerkschaften, oder, wenn sie kleiner sind, Gewerkschaftsinitiativen. Im damaligen Sprachgebrauch waren es „wirtschaftliche Kampforganisationen“.

Auch wenn der Fokus der FAUD damit auf der Auseinandersetzung mit den Unternehmern lag, bedeutet dies nicht, dass die AnarchosyndikalistInnen sich lediglich mit wirtschaftlichen Problematiken auseinandersetzten. „Wirtschaftliche Kampforganisation“ bedeutet vielmehr, dass auch politische Themen – etwa die Verhinderung eines Krieges – mit dem ökonomischen Machtmittel der ArbeiterInnenklasse behandelt werden sollten, durch ökonomische direkte Aktionen also, im besten Falle mit dem Generalstreik.

Damit sind wir beim Kern meiner oben genannten These: Auch wenn die SyndikalistInnen selten eine deutliche Definition von „Klasse“ abgaben, wies die Idee der direkten Aktion implizit auf einen Klassenbegriff hin, der der Klasse eine spezifische Macht zuwies, die ihr durch die Struktur des Kapitalismus zufällt und die sich in der Möglichkeit, durch den Streik die Wirtschaft lahm zu legen, zeigt.

Eine solche Konzeption ist – zumindest in revolutionären Zeiten – attraktiv, weil sie die ArbeiterInnen für wichtig und mündig erklärt. Die Mitglieder der FAUD konnten sich als Subjekte fühlen, die tatsächlich die soziale Revolution machen. Nach dem Kapp-Putsch ist dieses Vertrauen der FAUD-Intellektuellen in die Arbeiterklasse langsam verschwunden. Dieser „Abschied von der Arbeiterklasse“ spiegelt sich in den sinkenden Mitgliederzahlen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass die geistigen „Führer“ des Anarchosyndikalismus und die Massenbasis der späten FvDG nicht aus demselben Milieu stammten: Unter den „Führern“ finden wir den alten Kern der FvDG, der dem traditionellen Handwerk entstammte, sowie einen eher intellektuellen Kreis von AnarchistInnen. Beide Kreise waren aber noch stark beeinflusst von der Tradition

und den kulturellen Vorstellungen der Vorkriegs-SPD.¹ Die neue Massenbasis nach dem Ersten Weltkrieg dagegen bestand aus radikalisierten Massenarbeitern ohne Organisationserfahrung.²

Thomas Welskopp erläutert, dass die frühe deutsche Sozialdemokratie nur ein begrenztes – hauptsächlich handwerkliches – berufliches Spektrum organisieren konnte sowie ein intellektuelles Milieu, während sie Fabrikarbeiter fast und Landarbeiter vollständig ausschloss – also genau das Milieu, das auch den „alten“ Kern der syndikalistischen Bewegung prägte.

Welskopp nennt sie daher eine „sozial spezifische Bewegung“, sie war keine allgemeine Arbeiterbewegung. Einerseits war dies genau die Lücke, in die die radikalen Arbeiterorganisationen nach dem Ersten Weltkrieg springen konnten. Andererseits ist für die Organisationen des Linksradikalismus³ dasselbe zu konstatieren wie für die frühe Sozialdemokratie: Sie „blieb eine extrem milieugebundene Bewegung und kann daher [...] nur durch Rekurs auf die spezifischen Eigenschaften ihrer Basismilieus und auf die integrierende Funktion ihres Vereinslebens angemessen erklärt werden“.⁴

Was für die „freien“ Gewerkschaften, die nach 1919 den ADGB bildeten, gilt, gilt auch für den Massenzustrom zur FAUD: „Der überproportionale Zustrom von Ungelernten, Jugendlichen und Frauen veränderte nicht nur die soziale Zusammensetzung der Gewerkschaften, sondern schlug sich auch in einem Wandel der Bewusstseinslage und potentieller Aktionsformen nieder. Diese bisher unorganisierten neuen Mitglieder erfuhren ihre Sozialisation nicht wie die alten Kämpfer der Arbeiterbewegung durch eine langjährige Lehrlingsausbildung und ein allmähliches Hineinwachsen in die gewerkschaftliche Organisation und Disziplin. Prägend für sie wurde die Situation und die Solidargemeinschaft der Arbeitenden in den expandierenden Betrieben der Rüstungsproduktion und die Kriegsathmosphäre mit Hunger, Verbitterung und Not.“⁵ Diese Differenzen zwischen „alten Kämpfen“ der FvDG und dem neuen proletarischen Milieu gab es auch in der FAUD, allerdings waren sie anders geprägt: In der Tat fand das neue Milieu hier ja eine Organisation vor, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg antimilitaristisch gesonnen war und keinen historischen Kompromiss geschlossen hatte.

Wichtiger jedoch war die Tatsache, dass die neuen „MassenarbeiterInnen“⁶ in der FAUD eine Organisation vor-

fanden, deren Theorie mit ihrer Bewusstseinslage und ihren spontanen Aktionsformen harmonierte.

2. Antimilitarismus als bestimmendes Moment in Nachkriegszeiten

Es ist richtig, dass die FAUD in ihren Publikationen dem Antimilitarismus eine besondere Stellung zukommen ließ. Der Antimilitarismus der SyndikalistInnen ging über einen allgemeinen Antimilitarismus hinaus: Das zerbrochene Gewehr, das bis heute die *Graswurzelrevolution* zielt, entstammt den anarchosyndikalistischen Kreisen, in denen auch schon vor dem Ersten Weltkrieg der Generalstreik als Mittel, diesen zu verhindern, diskutiert wurde. Die Repression des Kaiserreichs gegen die Lokalisten fokussierte in Zeiten des „Burgfriedens“ deren Antimilitarismus. Wir können festhalten, dass der Antimilitarismus der FvDG vor dem Ersten Weltkrieg ein wesentliches Element zur Konstituierung eines bestimmten Gewerkschaftsmodells der deutschen Ausprägung des Syndikalismus ist.

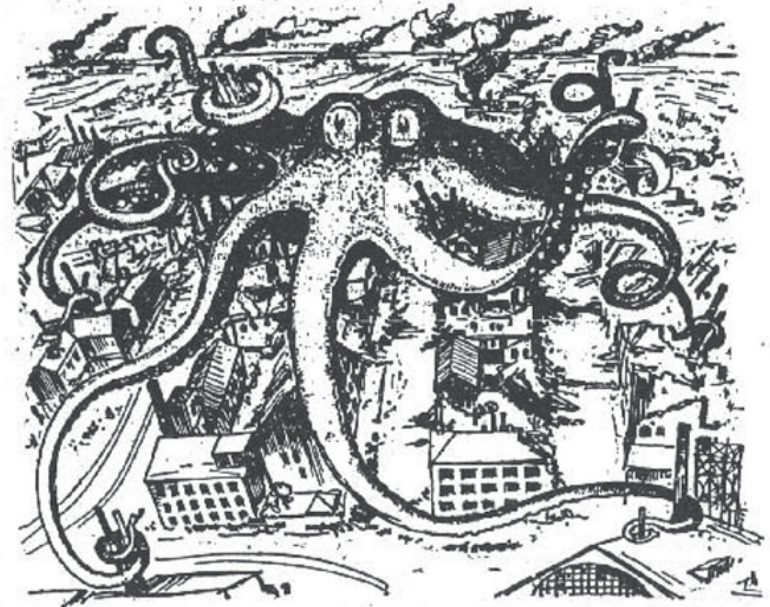
Der Antimilitarismus war für die FvDG bzw. für den Vorkriegsanarchismus, der sich später (teilweise) in der FAUD mit den Lokalisten vereinte, konstituierend: Die prägende Massenstreikdebatte war auch eine Diskussion darum, ob ein Massen- oder Generalstreik zur Verhinderung eines Krieges möglich sei. Dieser Gedanke war zentral für die VorkriegsanarchistInnen und den Protosyndikalismus der FvDG.⁷ Das liegt nicht so sehr an dem Antimilitarismus als solchem, der einen bestimmten Gesinnungswandel zur Folge hatte, sondern vielmehr an den aus dieser Haltung folgenden juristischen, ökonomischen und strukturellen Konsequenzen: Der Burgfrieden war nicht allein Sache der sozialdemokratischen Partei, sondern er bedeutete, wie Heinrich Potthoff herausgestellt hat, eine „Vorleistung der organisierten Arbeiterschaft“.⁸

D.h. die bürokratischen Spitzen der „Freien“ Gewerkschaften hatten sich bewusst für eine Tolerierung der deutschen Kriegspolitik entschieden. In Folge dieser „Vorleistung“ gewannen die Gewerkschaften in den bürgerlichen, kriegsverherrlichenden und national taumelnden Kreisen eine moralische Anerkennung, die sie vorher nicht hatten, daraus folgend auch die Akzeptanz und rechtliche Anerkennung durch den Obrigkeitsstaat: „Die antigewerkschaftliche Repressionspolitik des Staates wurde gelockert, einengende Vorschriften zum Teil aufgehoben oder zumindest nicht mehr extensiv gehandhabt.“⁹ Nur das Großkapital – die Schwerindustrie und damit auch die kriegswichtige Industrie – zog nicht mit bei dem neuen gewerkschaftsfreundlichen Kurs. Gerade hier aber bestand während des Krieges ein vergleichsweise hoher Organisationsgrad und durch den staatlichen Rüstungsbedarf eine entsprechende ArbeiterInnenmacht.

Letzten Endes wurden die Schwerindustriellen aus diesem Grund durch den wilhelminischen Staat und die Gewerkschaften zu einer gewerk-



Das wahre Antlitz des Krieges



Der Krieg ist der Feind der proletarischen Befreiung!
Arbeiter, bekämpft das Ungeheuer!

Der Syndikalist (1919-1932) erschien als FAUD-Organ zeitweise mit einer wöchentlichen Auflage von bis zu 120.000

schaftsfreundlicheren Politik gezwungen. Diese Politik seitens der Gewerkschaftsbürokratie bedeutete auch die Verstärkung „schon vorhandene[r] oligarchische[r] Tendenzen, [...] die Suspendierung der innergewerkschaftlichen Demokratie und die mangelhafte Rückkopplung zwischen Basis und Führung[...]“.¹⁰ Kurz und gut: Der Burgfrieden als konkretes Friedensangebot der „Freien“ Gewerkschaften ist die Grundlage des bis heute bestehenden korporatistischen Gewerkschaftsmodells. Diese Entwicklung hatte die FvDG nicht mitgemacht. Es gab schlicht nie ein historisches Friedensangebot von syndikalistischer bzw. lokalistischer Seite an die eigene Nation zugunsten eines Krieges zwischen Nationen, selbstverständlich nicht. Folglich hat sich die Politik des Staates gegenüber dem Syndikalismus auch nicht geändert: Syndikalistische Gewerkschaften hatten und haben immer damit zu kämpfen, als Gewerkschaften anerkannt zu werden.¹¹

An der Frage des Burgfriedens – also an der Frage des (Anti-)Militarismus – zerstritten sich die gewerkschaftlichen „feindlichen Brüder“ endgültig. Insofern ist zu konstatieren: Nach dem Ersten Weltkrieg hatten zahlreiche Mitglieder der „Freien“ Gewerkschaften eine Diskrepanz mit ihren Führungen vorzuweisen, die in erster Linie das Verhältnis zu Krieg und Militarismus betraf. Der Wandel vom „Verband von Diskutier- und Propagandaverinigungen“¹² zu einer Massenorganisation ist damit aber nicht zu erklären: „Der Krieg

selbst bietet nur eine unzureichende Erklärung für die weitverbreitete Unruhe unter den Arbeitern.“¹³

Es waren offenbar *nicht* enttäuschte freie GewerkschaftlerInnen, die sich der FAUD anschlossen. Denn die AnarchosyndikalistInnen hatten kein Monopol auf den Antimilitarismus, gerade nach dem Weltkrieg nicht. Erinnert sei nur daran, dass die Spaltung von SPD und USPD sowie die Gründung des Spartakus-Bundes und später der KPD hier ihre Ursprünge haben: Es war keineswegs nur Karl Liebknecht, der gegen Kriegskredite gestimmt hat, sondern neben ihm auch Otto Rühle, der spätere Mitbegründer der KAPD und der AAUE.¹⁴ Beide Organisationen dürfen ebenso wie die FAUD als radikale Kriegsgegner betrachtet werden, wurden aber – hoch geschätzt – nur halb so mitgliedsstark wie die FAUD zu Hochzeiten.¹⁵

Rosa Luxemburg saß in erster Linie für ihre antimilitaristische Agitation im Gefängnis. Helga Grebing beschreibt, dass ein „gefühlbestimmte[r] Pazifismus“ noch keinen Einfluss auf das politische Verhalten der Arbeiterschaft hatte: „Die Sympathien der Arbeiter galten nicht [...] dem radikalen Revolutionär, sondern dem Mann, der die Forderung ‚Nieder mit dem Krieg!‘ verfocht“¹⁶ – diese Position war nach dem Ersten Weltkrieg überall zu haben.

Andererseits war zu viel Antimilitarismus bzw. Pazifismus¹⁷ in der unmittelbaren Nachkriegszeit kein Konsens in der ArbeiterInnenklasse, schließlich befand man sich in einer revolutionären Situation und

vielen erschien der Gebrauch der Waffe unmittelbar notwendig. So wurde etwa Fritz Köster auf einem Vortrag in Bremen regelrecht verhöhnt, als er die ca. 200 Zuhörenden aufrief, nur mit geistigen Waffen zu kämpfen.¹⁸

Ekkehardt Krippendorff hat in seinem Buch „Staat und Krieg“ darauf hingewiesen, dass nach dem Weltkrieg der Antimilitarismus quasi common sense war. Nach dem Zweiten Weltkrieg war „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ lange deutscher Konsens, sichtbar an dem erheblichen Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Die Kriegsmüdigkeit – wobei der Begriff „Müdigkeit“ hier unpassend ist – in den ersten Jahren der Weimarer Republik betraf alle emanzipatorischen Gruppen. Der Ausgangstheese, der eigentlich widersprochen werden sollte, ist also durchaus zuzustimmen: Wäre die FAUD nicht entschieden antimilitaristisch gewesen, hätte sie sicher keinen Massenzulauf erlebt. Das hebt sie allerdings nicht von USPD, Spartakusbund, KPD, KAPD, AAU etc. ab. Als die FvDG sich 1919 in FAUD umbenannte, vertraten die Delegierten des Berliner Kongresses 111.675 Mitglieder.

Bis 1921 hatte die FAUD ca. 150.000 Mitglieder. Der ADGB hatte zu Kriegsende ca. 1,6 Millionen Mitglieder, die sich bis 1922 verfünffachten. Die SPD hatte 1919 etwas über 1 Millionen Mitglieder, die USPD 750.000. Die KPD hatte bei Gründung ca. 80.000 Mitglieder. Zur Massenpartei wurde sie erst, als ein Teil der USPD sich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die FAUD zwischen Klassenkampf und Pazifismus

ihr 1921 anschloss. Die KAPD als Abspaltung der KPD gründete sich 1920 ebenfalls mit ca. 80.000 Mitgliedern, die AAU-E soll nach Franz Pfemfert bei Gründung 1921 ca. 60.000 Mitglieder gehabt haben. Kurz: Die ArbeiterInnen wandten sich insgesamt linken Organisationen zu, deren Programm antimilitaristisch war. Das gilt begrenzt sogar für die (M)SPD. Ferner ist in diesem Zusammenhang auch der oft vergessene (oder bewusst verschwiegene?) Umstand bedeutsam, dass die FAUD auf ihrem Gründungskongress ihren Mitgliedern empfahl, in einer der linken Parteiorganisationen einzutreten, was zu diesem Zeitpunkt nur USPD oder Spartakusbund heißen konnte.¹⁹ Das bedeutet auch, dass nicht einfach die Organisationen zusammengerechnet werden können. Es weist auch auf den Gewerkschaftscharakter der FAUD hin, denn dass Gewerkschafter auch noch in einer politischen Organisation sind, ist gängig. Wir können davon ausgehen, dass, wenn auch regional in unterschiedlichem Maße und nicht ohne Kritik, nicht wenige Mitglieder der FAUD noch einer anderen Organisation angehörten.²⁰ Entscheidend ist hier nicht, dass die FAUD antimilitaristisch war, sondern wie sie diesen Antimilitarismus begründete und wie sich dies in der Praxis auswirkte.

3. Proletarischer Antimilitarismus

Die Ablehnung von Nationalismus und Krieg ist sicher ein Kernelement des Anarchosyndikalismus. Interessant ist aber in unserem Zusammenhang die Begründung dieser Ablehnung. Schon Pierre Ramus erklärte 1907 auf dem ersten internationalen antimilitaristischen Kongress: „Dieser Konflikt wird hervorgerufen durch die juristisch-legale Ausbeutung, die der Besitzende an dem Besitzlosen verübt, durch die Niederwerfung jeden Versuchs, jeden Vorstoß vonseiten der Unterdrückten, sich sein Lebensrecht zu erobern [...]. Solange es Hunger, Elend und Not gibt, gibt es auch einen Kampf [...]. Dieser Guerillakrieg ist die Keimzelle des Krieges zwischen den Nationen. [...] [A]uf industriellem Gebiet hält sich die moderne Gesellschaft ihre ökonomische Reservearmee zurecht, auf politischem den offiziellen Militarismus.“²¹

Ramus' Argumentation ist originär materialistisch, sie differenziert eine ökonomische Basis und einen ideologischen Überbau und zitiert mit der „Reservearmee“ aus dem Marxschen Begriffsreservoir. Antimilitarismus ist für Ramus eine anarchistische Taktik. Mehr noch geht es den SyndikalistenInnen auch hier um die Möglichkeit der Durchführung von Generalstreiks, insbesondere des Generalstreiks als Revolution: „Da [...] der kapitalistische Staat vor allem auf der Armee beruht, [...] gilt es in erster Linie, deren Macht zu brechen. Dazu dient die antimilitaristische Propaganda. Der Antimilitarismus steht also in einem besonders engen und organischen Zusammenhänge mit dem Syndikalismus. Die antimilitaristische Agitation in Verbindung mit der ökonomischen Aktion bezeichnet den Punkt, wo das Proletariat der Neuzeit weit über die früheren politischen Revolutions-Bewegun-

gen hinausschreitet. [...] Die Syndikalisten beginnen schon jetzt mit der Propaganda gegen den Militarismus und seinen Kadavergehorsam, damit die kommende Massenerhebung das furchtbarste Machtmittel der Plutokratie und des Gewaltstaates in einem möglichst zweifelhaften, zerbröckelnden, geschwächten Zustand antrifft.“²² Vor den Gewehrläufen von Militär und Polizei würde diese mit hoher Wahrscheinlichkeit ein schnelles Ende finden.²³ Nicht nur für die AnarchosyndikalistenInnen waren Soldaten in erster Linie „Proletarier in Uniform“ (Rosa Luxemburg). Antimilitaristische Agitation der SyndikalistenInnen bedeutete daher kaum die Beleidigung von Soldaten – es erschien notwendig, diese auf die eigene Seite zu ziehen. Die Hände, die das Gewehr zerbrechen, sind die Hände des Soldaten selber. „Der Jüngling, der durch die allgemeine Wehrpflicht in die Armee hineingepresst wird, bleibt immer noch Mensch und wartet mit Ungeduld des Momentes, wenn er die Uniform wieder mit dem Zivilrock tauschen kann [...]“, betonte Rocker 1919 während der Reichskonferenz der deutschen Rüstungsarbeiter.²⁴

4. Fazit

Was die FAUD entschieden von anderen Organisationen abhob, war ihre Bereitschaft zur außerparlamentarischen Aktion, insbesondere in den Betrieben. Ferner, so wurde auch von undogmatisch-marxistischen Seite festgestellt, präsentierte sie das ausgereifteste Sozialisierungsprogramm, eine Kernfrage in der Revolutionszeit.²⁵ Attraktiv war die FAUD sicher auch, weil sie als FvDg Organisationserfahrung jenseits der SPD hatte. Sicher ist auch der zumindest anfangs und zumindest offizielle undogmatische Umgang mit Parteimitgliedern ein Aspekt des Massenzulaufs gewesen.

Bezüglich des proletarischen Antimilitarismus ist anzumerken, dass sich der Antimilitarismus der FvDg und der VorkriegsanarchistInnen nicht an Trends der öffentlichen Meinung hielt. Die Mitgliedschaft der FvDg sank von 1907 bis 1910 von 17.000 auf 6.500 Mitglieder – auch ein Effekt des syndikalistischen Antimilitarismus, der hoffentlich niemandem bewegen würde, diesen deshalb zu verwerfen.

Was aber vor allem den Nachkriegsandrang in die FvDg/FAUD erklärt, ist, dass sie die einzige Gewerkschaft war, die als solche diese Positionen vertrat, zumindest bis zur Organisation der AAU-Gruppen. Potthoff konstatiert eine heterogene „Gegenphalanx“, die Mehr noch geht es den SyndikalistenInnen auch hier um die Möglichkeit der Durchführung von Generalstreiks, insbesondere des Generalstreiks als Revolution: „Da [...] der kapitalistische Staat vor allem auf der Armee beruht, [...] gilt es in erster Linie, deren Macht zu brechen. Dazu dient die antimilitaristische Propaganda. Der Antimilitarismus steht also in einem besonders engen und organischen Zusammenhänge mit dem Syndikalismus. Die antimilitaristische Agitation in Verbindung mit der ökonomischen Aktion bezeichnet den Punkt, wo das Proletariat der Neuzeit weit über die früheren politischen Revolutions-Bewegun-



Treu bis in den Tod ...

Antimilitaristische Postkarte der FAUD (Verlag Der Syndikalist), 1926

Sinne doch die von Rosa Luxemburg beschriebene Spontaneität der Massen, die diese in die Organisation mit einer angemessenen Theorie trieb. Das Eklatante am „Burgfrieden“ war nicht die Zustimmung zum Krieg, sondern die Zustimmung gerade der Gewerkschaften zu einem sozialen Frieden. Carl Legien, Vorsitzender erst der Generalkommission und später des ADGB, war ein erklärter Gegner der Revolution. Der Antimilitarismus der FAUD wurde im Laufe der Weimarer Zeit nicht geringer – im Gegenteil, mit wachsendem Einfluss der anarchistischen TheoretikerInnen, allen voran Rudolf Rocker, aber z.B. auch Berthold Cahn oder Augustin Souchy, und gleichzeitig aufkommender Frustration über die gescheiterte Revolution wurde das Thema deutlich in den Mittelpunkt anarchistisch-syndikalistischer Propaganda gestellt. Die Massen blieben dennoch nicht, denn, wie Potthoff bemerkt hat, sie waren „heterogen“, während die FAUD sich zusehends ideologisierte und damit homogenisierte. Wir können zwar davon ausgehen, dass nach den unmittelbaren Nachkriegsjahren das Bedürfnis nach antimilitaristischer Positionierung auch allgemein im Proletariat zurückging, es war jedoch kaum dieser inhaltliche Aspekt, der die FAUD schrumpfen ließ. Mit dem Ende der revolutionären Aufbruchstimmung dürften vielmehr die Erfolge wie der 8-Stunden-Tag, die Arbeitslosenversicherung, gute Tarifabschlüsse die ArbeiterInnen in die offene Armee des ADGB getrieben haben.

5. Ausblick

Historische Debatten in libertären Zusammenhängen sind immer auch Debatten um den Zustand der heutigen Situation und des heutigen Engagements. In der Diskussion um den Antimilitarismus der FAUD geht es auch um die Frage, wie die anarchosyndikalistische FAU (Freie ArbeiterInnen Union) sich heute positioniert. Nachdem sich die FAU in den 1980er bis in die späten 1990er Jahre als relativ beliebige, teils sogar autonom wirkende Gruppe nach außen dargestellt hat, schärft sie seit ca. zehn Jahren

tionen und Syndikate z.B. aktiv gegen Bundeswehrwerbung in den Arbeitsagenturen und - gemeinsam mit der ASJ (Anarchosyndikalistischen Jugend) - in Schulen. In der DA Nr. 202 wurde die Position der IG Metall zur Rüstungsindustrie massiv kritisiert. Wie an den Beispielen ersichtlich ist, gilt aber heute genau wie in den 1920ern: Der Fokus der FAU liegt auf einem proletarischen Antimilitarismus.²⁷ Eine Gewerkschaft im Werden muss sich letztlich auf ihre Kernthemen konzentrieren und das sind jene, die die Mitglieder konkret betreffen. Und das hat momentan selten mit Krieg und Militär zu tun. Hätte die FAU die Größe des DGB und entsprechende Ressourcen, wären sicher auch Statements zu diesen wie anderen Themen häufiger. Schließlich sieht sich die FAU zwar als wirtschaftliche Kampforganisation, aber auch „mehr als Gewerkschaft“: Die wirtschaftlichen Kampfmittel sollen auch Mittel zur politischen Veränderung sein.

Torsten Bewernitz

Der Autor ist Mitglied der FAU

Anmerkungen:

- 1 Rudolf Rocker z.B. gehörte der innerparteilichen Opposition der „Jungen“ an, bevor er zum Anarchismus konvertierte. Vgl. Rocker, Rudolf 1974: Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten. FfM., S.37 - 43. Dass Fritz Kater, der für den Anarchosyndikalismus in Deutschland eine bedeutende Rolle spielte, sich mit einem Bruch mit der SPD schwer tat, weiß Rocker in seinem Nachruf auf Kater zu berichten. Rocker, Rudolf 1948: Fritz Kater – ein Lebensbild. In: Rocker, Rudolf 1980: Aufsatzsammlung Band 2. 1949 – 1953. FfM., S. 8 – 21.
- 2 Vgl. Bock, Hans Manfred 1989: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz. S. 312ff. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Sept. 1989, Nr. 3, S.293 – 358.
- 3 Ich verwende hier den Begriff „Linksradikalismus“ im historischen Sinne als Unterscheidung der syndikalistischen, unionistischen und rätekommunistischen Gruppen von SPD, KPD und ADGB, so wie Hans Manfred Bock oder Erhard Lucas den Begriff in ihren Studien verwenden. Der bessere Begriff wäre wohl der ebenfalls von Erhard Lucas geprägte Begriff „Arbeiterradikalismus“. Dieser Links- oder Arbeiterradikalismus zeichnete sich aus durch Basisdemokratie im Gegensatz zum Zentralismus, dem Primat der wirtschaftlichen Kampforganisation gegenüber der Parteiorganisation und einem westeuropäischen Selbstverständnis gegenüber dem Bezug auf die Nation und die Sowjetunion (vgl. Stegried, Detlef 2004: Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917 – 1922. Wiesbaden, S.13).
- 4 ... und eben nicht durch einen allgemeinen Hinweis auf eine bestimmte Ideologie, sei es nun der Anarchosyndikalismus im Sinne der Schriften Rockers, einen Anarchismus oder auch einen Antimilitarismus. Vgl. Welskopp, Thomas: Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung. S.316. In: Archiv für Sozialgeschichte 38, 1998. S.301 – 336. In eben diesem Sinne wendete sich Erhard Lucas mit seiner Studie „Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“ gegen die „Massenarbeiterthese“, wie sie z.B. Karl Heinz Roth in „Die andere Arbeiterbewegung“ formuliert hatte, und kommt zu dem Schluss: „Die Zusammenführung aller Teile der Arbeiterklasse kann von keiner formellen Organisation mit nationalem Aktionsradius geleistet werden. [...] Wenn [...] gesagt wird, in der revolutionären Partei seien, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung gesammelt“, so ist zu erwidern, daß nur lebendige Menschen Erfahrungen machen und weitergeben können“ (Herv. T.B.). Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt a.M. 1976. S.285f.
- 5 Potthoff, Heinrich 1984: Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution: Kontinuität und Wandel. S.115. In: Matthias, Erich und Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 1984. S.107 – 132.
- 6 Zur Debatte um die Massenarbeiterthese vgl. Lucas, Erhard; James Wickham und Karl-Heinz Roth 1977: Arbeiterradikalismus und die „andere“ Arbeiterbewegung. Zur Diskussion der Massenarbeiterthese. Bochum.
- 7 Vgl. dazu: Döhning, Helge 2009: Generalstreik! Streiktheorien und -diskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. Grundlagen zum Generalstreik mit Ausblick. Lich. Hier insbesondere der im dokumentarischen Anhang abgedruckte Text Arnold Rollers, „Der soziale Generalstreik“. Ferner ist die Zentralität des Antimilitarismus immer wieder bei Pierre Ramus zu finden, vgl. u.a. Ramus, Pierre 1905: Nach vierzig Jahren. Ein historisches Gedenkblatt zur vierzigjährigen Gründung der Internationalen Arbeiter Association, wieder abgedruckt in: Libertad-Verlag 1979: Die erste Internationale 1864. Berlin. S.5 – 18; sowie Ramus, Pierre 1981 [1910]: Generalstreik und direkte Aktion im proletarischen Klassenkampf. Berlin.
- 8 Potthoff 1984, S.109. Der „Burgfrieden“ ist

dabei keineswegs nur allegorisch zu verstehen. Die Gewerkschaftsbürokratien nutzten die Situation bewusst, um Forderungen - Koalitionsrecht, Einrichtung von Arbeiterausschüssen, Garantie des Rechtes auf Arbeitsplatzwechsel und konkrete Gesetzesänderungen - durchzusetzen. Durch aktiven Burgfriedensschluss stärkten die Gewerkschaften die ArbeiterInnenmacht und nutzten diese auch: Sie waren quasi Kriegsgewinnler. Vgl. ebd., S.113f. 9 Ebd., S.111. 10 Ebd., S.111. 11 Vgl. dazu die Artikelsammlung aus „Der Syndikalist“ in Linow, Fritz 2010: Wer die Macht hat, hat das Recht. Moers. Ein aktuelles Beispiel ist entsprechend die Gewerkschaftsdebatte um den Konflikt im Berliner Kino Babylon gewesen. Die FvDg wurde kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs verboten, nachdem Fritz Kater in der Theoriezeitschrift „Der Pionier“ am 5.8.1914 den Beitrag „Das internationale Proletariat und der drohende Weltkrieg“ veröffentlicht hatte. 12 Müller, Dirk H. 1984: Der Syndikalismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1914. S.67. In: Matthias, Erich und Klaus Schönhoven (Hg.) 1984: Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn. S.57 – 68. 13 Van der Linden, Marcel und Wayne Thorpe 1990: Aufstieg und Niedergang des revolutionären Syndikalismus. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. 3/1990. S.18. 14 KAPD: Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, AAUE: Allgemeine Arbeiter-Union – Einheitsorganisation. Vgl. zu beiden: Bock, Hans Manfred 1969: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 – 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Meisenheim am Glan.

15 Das spricht nicht für meine These, denn wenn irgendwelche Organisationen seinerzeit einen deutlichen Klassenbegriff hatten, so waren es wohl diese.

16 Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1970. S.147.

17 Dass die FAUD nicht als durchgängig pazifistische Organisation betrachtet werden kann, hat Helge Döhning in der DA dargestellt: Vgl. Döhning, H.: Syndikalismus und Gewalt. Die Einstellung der FAUD zur Frage der Anwendung revolutionärer Gewalt. In: DA 166, Nov./Dez. 2004. S.8.

18 Vgl. Kuckuk, Peter 1996: Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik. S.22. In: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit No. 14, Bochum. S.15 – 66. 19 Vgl. Bock 1969, S.104.

20 Vgl. Rübner, Hartmut 1994: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus. Berlin/Köln. S.79.

21 Ramus, Pierre 1907: Der Antimilitarismus als Taktik des Anarchismus. S. 206f. In: Müller-Kampel, Beatrix 2005: „Krieg ist der Mord auf Kommando“. Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte. Bertha von Suttner und Pierre Ramus. Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg. S.197 – 240.

22 Baginski, Max 1925: Was will der Syndikalismus? Berlin. S.10f.

23 Alexander Berkman sah das anders. Er war der Meinung, dass die Arbeitermacht so weit reichte, dass sich der Staat einfach nicht erlauben konnte, auf die ProduzentInnen zu schießen. Daher sei die Revolution durch den Generalstreik gewaltfrei. Andere AnarchistInnen und SyndikalistenInnen waren da skeptischer. Dass diese Skepsis berechtigt war, zeigen auch aktuelle Beispiele: Sobald die nationale Ökonomie bedroht ist, ist der Staat sogar aktuell schnell mit dem Einsatz des Militärs, wenn auch nicht, um auf die Streikenden zu schießen, sondern um das Militär als Streikbrecher einzusetzen. So in Griechenland während des Streiks der Transportarbeiter, die insbesondere Benzin ausführen, so die Drohung gegenüber dem Transportarbeiterstreik in Frankreich. Auch die Ausrufung des Notstands durch die spanische Regierung – erstmals seit dem Ende der Franco-Diktatur – zur Beendigung des Streiks der Fluglotsen fällt in diese Kategorie. George W. Bush hatte vor einigen Jahren bereits ähnlich den Streik der Dockers, der den Einsatz im Irak-Krieg gefährdete, gebrochen. Das zeigt nicht nur, dass die heutigen demokratischen Staaten im Zweifelsfall genauso handeln wie ihre autoritären Vorgänger, sondern auch, dass es eine reale Angst vor der Arbeitermacht gibt.

24 Rocker, Rudolf 1919: Keine Kriegswaffen mehr! Rede des Genossen Rocker (Berlin); gehalten auf der Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter Deutschlands; abgehalten vom 18. bis 22. März 1919 in Erfurt. S.23f. In: Rocker, Rudolf: Aufsatzsammlung Band I. 1919 – 1933. FfM 1980. S.16 – 31.

25 Vgl. Korsch, Karl 1919: Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm. In: ders. 1969: Schriften zur Sozialisierung. FfM, S.55 – 58.

26 Potthoff 1984, S.117.

27 Ich möchte dabei den Begriff nicht verstanden wissen als Lob einer vermeintlich originär „proletarischen Kultur“. So etwas gibt es m.E. nicht bzw. nicht mehr. Es geht keineswegs um einen „Proletkult“, gemeint ist vielmehr, das Thema Antimilitarismus da und in dem Sinne aufzugreifen, wo es die Mitglieder der Organisation betrifft.

Anzeige

GESUNDHEIT IST EIN MENSCHENRECHT
 Deshalb hilft ÄRZTE OHNE GRENZEN in rund 60 Ländern Menschen in Not – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.

HELFEN SIE MIT!
 ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
 Am Kglinschen Park 1 · 10179 Berlin
 www.aerzte-ohne-grenzen.de
 Spendenkonto 97 097
 Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 370 205 00

MEDICINE SANS FRONTIÈRES
 ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.